KONZERNE

Chaostage bei ThyssenKrupp

Ein Machtkampf bei ThyssenKrupp wird zur Schlammschlacht. Die Essener Staatsanwaltschaft ermittelt im Zusammenhang mit Luxusreisen für Journalisten, Betriebsräte und den Abrechnungen eigener Reisen gegen Konzernvorstand Jürgen Claassen wegen des Verdachts der Untreue. Claassen weist die Vorwürfe zurück. Anlass sind Claassens Reisebelege, die in den vergangenen Wochen in der Presse auftauchten. In der Essener Konzernzentrale glaubt man, die Verantwortlichen für die Kampagne identifiziert zu haben. Die Abrechnungen sollen nur einem kleinen Kreis zugänglich gewesen sein – unter anderem Ex-ThyssenKrupp-Chef Ekkehard Schulz. Dieser musste sein Amt 2011 auf Druck von Aufsichtsratschef Gerhard Cromme niederlegen. Schulz, glaubt man nun bei ThyssenKrupp, könnte sich mit anderen Cromme-Opfern verbündet haben. Mit der Kampagne gegen Claassen, so die Lesart in Essen, solle eigentlich Cromme getroffen werden. Schulz bestreitet jede Verwicklung. Das seien „unglaubliche Unterstellungen“, an denen „nichts dran“ sei, sagt der 71-Jährige. Auch einem von Cromme in Auftrag gegebenen Gutachten, mit dem mögliche Verfehlungen des Managers beim Bau von Stahlwerken in Brasilien und den USA geklärt werden sollen, sehe er gelassen entgegen: „Ich habe mir nichts vorzuwerfen.“

Schulz, Cromme

ECOPIX FOTOAGENTUR

Solarmodul-Produktion

JUERGEN LOESEL / VISUM

AUSSENHANDEL

EU-Parlamentarier fordern Zölle für Solarzellen

Die EU-Parlamentarier fordern den EU-Handelskommissar Karel De Gucht auf, das von ihm eröffnete Anti-Dumping-Verfahren gegen chinesische Solaranbieter möglichst schnell voranzutreiben. Wenn allein für die Vorprüfung die maximal möglichen neun Monate in Anspruch genommen würden, so die Begründung, könnten die meisten europäischen Hersteller angesichts der Flut billiger Solarmodule aus China schon pleite sein. Die für die Außenhandelspolitik zuständigen Sprecher der vier größten Fraktionen im EU-Parlament verlangen in dem Brief von De Gucht, dass der insbesondere die Möglichkeit vorläufiger Zölle und eine spezielle Registrierpflicht für chinesische Solarimporte prüft. Es müssten „alle legalen Möglichkeiten“ ausgeschöpft werden, schreiben die Abgeordneten. „In Dumping-Fällen müssen China endlich mal die Zähne gezeigt werden“, fordert der Mitunterzeichner Daniel Caspary (CDU). Es sei doch offensichtlich, dass die Chinesen ihre gigantischen Überkapazitäten bei Solarzellen in den europäischen Markt drücken würden.

HAUSHALT

Schnelle Null

Dank kräftig sprudelnder Steuereinnahmen erreicht Deutschland früher als geplant einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen werden zusammengenommen schon dieses Jahr das gesamtstaatliche Defizit vollständig abbauen. Das geht aus einer Berechnung des Bundesfinanzministeriums hervor, die dem Stabilitätsrat von Bund und Ländern zugeleitet werden soll. Noch im Sommer ging Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) von einem gesamtstaatlichen Minus von einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Ursache ist eine bessere Entwicklung des Bundeshaushalts. Trotz neuer Kosten für den Euro-Rettungsschirm muss Schäuble 2012 nur 25 Milliarden Euro neue Schulden machen, 3 Milliarden Euro weniger als bisher eingeplant. Auch die Schuldenstandsquote, also das Verhältnis von Staatsschulden zum BIP, fällt mit 81,5 Prozent deutlich niedriger aus. Bislang war Schäuble von 83,5 Prozent ausgegangen. Bis 2016 soll der Wert auf 73 Prozent sinken.